



Frau
Dr. Kirsten Tackmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anne Ruth Herkes

Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6870

FAX +49 30 18615 5144

E-MAIL buero-st-herkes@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 21. Dezember 2012

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Dezember 2012 Frage Nr. 209

Sehr geehrte Frau Dr. Tackmann,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Welche Aktivitäten plant die Bundesregierung, um die Forderung des Europäischen Parlaments nach Erarbeitung von EU-Rechtsvorschriften zu Konfliktmineralen umzusetzen, und welche Schlussfolgerungen zieht sie in diesem Kontext aus dem im Rahmen des „Dodd-Frank-Act“ verabschiedeten Maßnahmenpakets (Abschnitt 1502 und 1504), das von US-Unternehmen lückenlose Transparenz im Umgang mit Rohstoffen aus Konfliktregionen fordert?

Antwort:

Die Bundesregierung unterstützt international abgestimmte Transparenzanforderungen im Rohstoffbereich und regionale und internationale Initiativen, die die Problematik der Konfliktminerale adressieren – auch im Rahmen der Rohstoffstrategie der Bundesregierung.

So hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ein G8-Pilotprojekt zur Zertifizierung von Handelsketten für mineralische Rohstoffe in Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo (DRC) durchgeführt sowie ein belastbares, standardisiertes Verfahren für den analytischen Herkunftsnachweis von Coltan und ein Konzept für dessen breite internationale Verankerung entwickelt. Beide Instrumente

haben Eingang gefunden in den Aufbau eines Zertifizierungssystems in der DRC sowie in der Region der afrikanischen Großen Seen; die Instrumente werden auch weiterhin von der Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung erwägt die EU-Kommission derzeit eine umfassende EU-Initiative zu Mineralen aus Konfliktregionen. Dazu hat Anfang Dezember 2012 in Brüssel ein Expertenworkshop stattgefunden. Die EU-Kommission hat dort eine breite Stakeholder-Befragung angekündigt. Die Bundesregierung wird sich an einer Diskussion über konkrete Vorschläge für EU-Rechtsvorschriften – soweit diese erforderlich sind – konstruktiv beteiligen.

Im Übrigen wirken sich die Regelungen zur Offenlegung der Verwendung von Konfliktmineralen im „Dodd-Frank-Act“ bereits heute auf alle Unternehmen aus, die Zulieferer von an der US-Börse notierten Unternehmen sind. Die Bundesregierung unterstützt die deutschen Unternehmen durch Information. So hat die BGR bereits vor Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen zum „Dodd-Frank-Act“ ein Seminar durchgeführt, um Unternehmen und Verbände für die Umsetzung zu sensibilisieren.

Darüber hinaus sieht die Bundesregierung die Unternehmen aber auch selbst in der Verantwortung, nachhaltig und nachvollziehbar über die Herkunft eingesetzter Materialien Auskunft geben zu können und geltende Transparenzregeln effizient umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

